

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

in dieser Woche beschäftigte uns wieder die Frage, wie die Euro-Zone künftig gefestigt werden kann. Am Donnerstag fand die erste Debatte zum europäischen Fiskalpakt statt. Für die Ratifizierung ist eine Zweidrittelmehrheit nötig. Wir fordern von der Bundesregierung, dass es genug Zeit gibt, um eine ausreichende inhaltliche und rechtliche Prüfung durchführen zu können. Wir erwarten die Festschreibung von Wachstumsimpulsen. Außerdem kämpfen wir weiter für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Auf unserer Agenda stand auch die Verabschiedung eines Positionspapiers zur Pflegereform in Deutschland. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die von der Regierung angestrebte Kürzung der Solarförderung abgemildert wird.

Ein weiteres wichtiges Thema diese Woche war die Entlassung von rund 11.000 Schlecker-Angestellten. Die FDP hat verhindert, dass diese Menschen durch eine Transfergesellschaft aufgefangen werden. Liberalen-Chef Rösler hat sich und seiner Partei mit dieser kaltherzigen Entscheidung keinen Gefallen getan. Die Wählerinnen und Wähler werden sich von solch einer unsozialen Partei weiter distanzieren.

Es ist zwar noch eine Woche hin, aber ich wünsche dir an dieser Stelle schon ein frohes Osterfest.

Mit herzlichen Grüßen

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE FABIAN HEMKER, STEFAN HINTERMEIER, DR. ALEXANDER LINDEN,
ANJA LINNEKUGEL, MAXIMILIAN MATTHIES, GERALD STEININGER
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 30.03.2012 12.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02	TOP-THEMA: Debatte über Fiskalpakt	10	Keine Steuersenkungen auf Pump
03	Mehr Beteiligungsrechte bei EFSF	11	BASEL III: Kommunalfinanzierung sichern
04	Infrastruktur bürgerfreundlich voranbringen	11	Besseren Schutz für Journalisten vor Strafverfolgung
05	Solarenergie: Schwarz-Gelb riskiert Standort Deutschland	12	Mehr Transparenz im Pressemarkt herstellen
06	Papier zur Weiterentwicklung der Pflege	13	Pressegrosso gesetzlich verankern
08	Kitas ausbauen statt Betreuungsgeld	13	Mehr Sicherheit in der Kreuzfahrtschiffahrt
09	Hochschulpakt Plus auflegen	14	SPD-Fraktion feiert Frühjahrsempfang unter dem Motto Sport
09	Nationales Reformprogramm braucht soziale Ziele von Europa 2020		

HAUSHALT

Debatte über Fiskalpakt: SPD-Fraktion fordert für Zustimmung Wachstumsprogramme in Europa

Am vergangenen Donnerstag begannen die Beratungen über den europäischen Fiskalpakt für mehr Haushaltsdisziplin. In das Plenum eingebracht wurde auch der Gesetzentwurf der Koalition zum dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM. Union und FDP würden beide Gesetzentwürfe am liebsten noch vor der Sommerpause verabschieden. SPD und Grüne warnen jedoch davor, den Fiskalpakt ohne ausreichende inhaltliche und rechtliche Prüfung zur Abstimmung zuzulassen. Hier ist Schwarz-Gelb auf die Stimmen der Opposition angewiesen, da in Bundestag und Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass im Zuge des Fiskalpaktes auch Wachstumsprogramme für wirtschaftlich angeschlagene Euro-Länder aufgelegt und eine europäische Finanzmarkttransaktionssteuer eingeführt wird. Beim Fiskalpakt, der auf Druck Deutschlands auch nationale Schuldenbremsen vorsieht, ziehen bisher 25 der 27 EU-Länder mit. Er muss aber noch national umgesetzt werden.

In der Debatte am Donnerstagmorgen sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier in Richtung von Unions-Fraktionschef Kauder und Bundesfinanzminister Schäuble: „Erst hieß es von Ihnen, es gebe bei der EFSF keine Hebelung, dann sollte es keine ESM-Aufstockung geben; alles war innerhalb weniger Wochen dann doch Thema.“ Genauso sei es mit der Haftungsgrenze für Deutschland von 211 Milliarden Euro gewesen: Erst sei behauptet worden, sie erhöhe sich niemals, nun sei von 280 Milliarden Euro die Rede. Steinmeier: „Machen Sie Schluss mit den Halbwahrheiten, damit schaden Sie nicht nur sich, sondern vor allem der gesamten Politik. Darum wenden sich die Menschen ab.“ Es sei für die SPD immer klar gewesen, dass die Summe nicht reiche. Steinmeier warf Kauder vor, den Bürgern „Sand in die Augen zu streuen“ und fügte hinzu: „Sagen Sie offen und ehrlich, was auf unser Land zukommt.“

Der Fraktionsvorsitzende erklärte, er teile den Optimismus von Schäuble in Bezug auf Wirtschaftswachstum in Europa nicht. Es falle schließlich auf, dass neben den ohnehin gefährdeten Ländern etwa nun auch die Niederlande ins Minuswachstum gerieten. „Wir wissen alle, dass diese Krise nicht in wenigen Jahren überwunden sein wird“, so der Fraktionsvorsitzende. Denn ESM und Fiskalpakt seien nur Zwischenstationen. Am Ende müsse für die SPD ein Europa stehen, das „Werte schöpft und nicht der Wurmfortsatz der Finanzmärkte ist“.

Die Vorstellung von der FDP, die SPD werde dem Fiskalpakt ohnehin zustimmen, sei, so Steinmeier, „genau jene Unernsthaftigkeit, mir der Sie Politik betreiben und wegen der Sie in die Bedeutungslosigkeit geschickt werden“.

Im Übrigen, stellte Steinmeier klar, sei es die SPD gewesen, die in der Großen Koalition darauf gedrungen habe, dass die Schuldenbremse gilt.

Steinmeier machte in der Debatte deutlich, was die SPD bei den Verhandlungen um den Fiskalpakt erwartet: nicht nur fantasieloses Sparen, sondern Erklärungen, wie in Europas gefährdeten Ländern Wachstum entstehen soll. Es müssen die europäischen Strukturfonds ausgeschöpft werden, und es muss über Projektfonds diskutiert werden. Einer der drängendsten Punkte sei es, Konzepte gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen EU-Staaten zu entwickeln. Und endlich müsse auch eine europaweit geltende Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Hier agiere die Bundesregierung viel zu zögerlich.

SPD-Fraktion setzt mehr Beteiligungsrechte bei EFSF durch

Bei der Frage nach Beteiligungsrechten des Plenums zur EFSF hat sich die SPD-Fraktion auf ganzer Linie durchgesetzt. So wurden alle Vorschläge der Sozialdemokraten von der Regierungskoalition berücksichtigt. Der gemeinsame Gesetzesentwurf „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stabilisierungsmechanismusgesetzes“ (Drs. 17/9145) von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP wurde am Donnerstag ins Plenum eingebracht.

Der enthält die von der SPD-Fraktion geforderten überaus notwendigen Beteiligungsrechte des Parlamentes bei haushaltspolitischen Abstimmungen über finanzmarktrelevante Entscheidungen. Dazu gehört in erster Linie, dass das Plenum über alle Fragen, die die haushaltspolitische Gesamtverantwortung betreffen, entscheidet. Das gilt insbesondere auch für vorsorgliche Maßnahmen und Kredite zur Rekapitalisierung von Banken, die vormals dem Sondergremium, bestehend aus neun Mitgliedern des Haushaltsausschusses, zugewiesen waren. Auch die Entscheidung über Darlehen sowie Aufkäufe auf den Sekundärmärkten und Hebel obliegt nun ausdrücklich dem gesamten Parlament.

Ein zusätzlicher Hauptstreitpunkt war die Frage, wie mit schnell benötigten Finanzhilfen für klamme Euro-Staaten umgegangen werden soll. Hier hat die SPD-Fraktion erreicht, dass es keine Eilfallregelung geben wird. Zudem erhält der Haushaltsausschuss bei der Auszahlung von Tranchen ein wichtiges Mitspracherecht.

Zu diesen verankerten Forderungen der Sozialdemokraten kommt zusätzlich noch, dass es im Haushaltsausschuss jetzt ein Anhörungsrecht geben wird und der Wahlmodus für das Sondergremium geändert wird. So sollen die Mitglieder wie auch die neu eingeführten Stellvertreter in geheimer und persönlicher Stimmenabgabe gewählt werden.

VERKEHR

Infrastruktur bürgerfreundlich voranbringen

Industriebetriebe, das Handwerk und Dienstleistungsunternehmen brauchen eine gute Infrastruktur. Alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wollen mit Strom versorgt werden und eine gute Verkehrsanbindung haben. Nur wenn die dafür notwendige Infrastruktur geschaffen werden soll, dann bitte nicht vor der eigenen Haustür. Deshalb kommt es immer wieder zu Konflikten. Das zeigen die Bürgerproteste gegen die Flugroutenplanung in Berlin, die Demonstrationen gegen die neue Startbahn des Frankfurter Flughafens und das Aufbegehren gegen den Bau von Stromtrassen.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits 2011 ein umfangreiches Konzept entwickelt, um Infrastrukturmaßnahmen im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern zu planen und zu realisieren. Das Konzept war Grundlage für den Antrag „Für einen neuen Infrastrukturkonsens – Infrastruktur bürgerfreundlich voranbringen“ (Drs. 17/9156), den der Bundestag am 29. März debattiert hat.

Durch frühzeitige Bürgerbeteiligung Projekte beschleunigen

„Deutschland braucht eine leistungsfähige Infrastruktur, um auch künftig als moderner Industrie- und Dienstleistungsstandort wirtschaftlich erfolgreich zu sein und eine hohe Lebensqualität zu sichern“, heißt es in dem SPD-Antrag. Durch eine frühzeitige Bürgerbeteiligung sollen Planungsverfahren verkürzt werden. Bürgerbeteiligung und Planungsbeschleunigung seien kein Widerspruch. Vielmehr würden durch rechtzeitige Einbindung aller Beteiligten Konflikte minimiert und Klagen verhindert. Zugleich komme es zu wirtschaftlicheren Lösungen, weil Alternativen frühzeitig diskutiert und kostspielige Fehlplanungen vermieden werden. „So, wie die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger heute gestaltet ist, verzögert sie oft die Realisierung von Großprojekten. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger wirklich mitbestimmen können und nicht erst ihre Rechte einklagen müssen. Die Mitsprache muss früh einsetzen und verbindlich sein,“ erklärte SPD-Fraktionsvize Florian Pronold.

Transparenz und wirkliche Beteiligung erreichen

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung auf, u. a. in den Bereichen Planungsbeschleunigung, Netz- und Bedarfsplanung und Fachplanungsrecht gesetzliche Rahmenbedingungen für mehr Bürgerbeteiligung zu schaffen. Die SPD-Fraktion will einen grundlegenden Wechsel in der Planungskultur hin zu mehr Transparenz und wirklicher Beteiligung erreichen. Dazu gehört auch, bundesweite Volksentscheide zu Grundsatzfragen der Infrastrukturpolitik zu ermöglichen, etwa zu den Bedarfsplänen für die Verkehrswege und zum Netzausbau im Energieleitungsbereich.

Die SPD-Fraktion setzt sich außerdem dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung bei der Planung auf Augenhöhe sind. Dafür fordert sie, dass die Genehmigungsbehörden bzw. öffentliche Planungsträger einen Bürgeranwalt mit entsprechendem Etat einsetzen, der die Bürgerinnen und Bürger in allen Fragen der Beteiligung berät und auf die Einhaltung der Beteiligungsrechte im Verfahren achtet.

Des Weiteren wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Einrichtung einer Bürgerstiftung prüfen, die Bürgerinnen und Bürger bei komplexen Verfahren unterstützt, zum Beispiel durch Finanzierung von Gutachten oder eines juristischen Fachbeistands.

Bürgerbeteiligung und Planungsbeschleunigung sind für die SPD kein Gegensatz, sondern Bestandteil einer modernen Industrie- und Wirtschaftspolitik. Keine Straße oder Schiene soll in Deutschland mehr gegen den Willen der Menschen gebaut werden.

Bei Schwarz-Gelb verkommt Bürgerbeteiligung wird zum Alibi.

Anders als im Gesetzentwurf der schwarz-gelben Bundesregierung zur Öffentlichkeitsbeteiligung und Planungsvereinheitlichung will die SPD-Fraktion es nicht den Planungsträgern und Behörden überlassen, nach Belieben zu entscheiden, ob sie die Bevölkerung frühzeitig einbinden oder nicht. Deshalb fordert die SPD verbindliche Standards für die Bürgerbeteiligung. Schwarz-Gelb wolle „Bürgerbeteiligung nach Gutsherren-Art“, sagte der Sprecher der Arbeitsgruppe Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung der SPD-Fraktion, Sören Bartol. „Bundesminister Peter Ramsauer redet von Beteiligung und will eigentlich nur die Menschen ruhig stellen. Die Vorschläge der Bundesregierung zur Bürgerbeteiligung haben keinerlei Verbindlichkeit. Es wird keine Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturprojekten verpflichtend eingeführt“, erklärte Bartol. Bereits vor einem Jahr habe die Bundesregierung ein Gesetz mit dem Titel „Planungsvereinheitlichungsgesetz“ präsentiert, bei dem es nicht um die Verbesserung, sondern um den Abbau von Bürgerrechten ging – etwa um die Abschaffung des obligatorischen Erörterungstermins bei Planfeststellungsverfahren.

UMWELT

Solarenergie: Schwarz-Gelb riskiert den Standort Deutschland

Die Bundesregierung kürzt die Solarförderung drastisch und setzt damit den Produktionsstandort Deutschland und mit ihm 130.000 Arbeitsplätze aufs Spiel. Wieder einmal hat sie den Solarmarkt massiv verunsichert und damit eine beispiellose Torschlusspanik angeheizt.

„Von Kontinuität und Verlässlichkeit in der Solarbranche ist die Bundesregierung ebenso weit entfernt wie von einem effektiven Umbau des Strommarktes hin zu 100 Prozent Erneuerbare Energien. Das am Donnerstag verabschiedete Gesetz ist letztlich nicht mehr als ein Glaubenskrieg gegen eine unliebsame Technologie“, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Matthias Miersch.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag (Drs. 17/9157) vorgelegt, der eine klare Zielrichtung hat: Er soll wieder Ruhe in den Markt bringen. In gleichmäßigen Schritten von drei Monaten soll die Solarvergütung zukünftig sinken. Das gibt Herstellern, Investoren und Handwerkern Planungssicherheit. Der Anteil der Photovoltaik an der deutschen Stromerzeugung soll sich so bis 2020 mehr als verdoppeln. Wegen der von der Bundesregierung hervorgerufenen Panikkäufe sehen wir uns zudem gezwungen, den nach alter Rechtslage für den 1. Juli 2012 vorgesehenen Absenkungsschritt von 15 Prozent auf den 1. April vorzuziehen – ein umfassender Vertrauensschutz vorausgesetzt.

Anti-Dumping-Verfahren bei der EU unterstützen

Diese Schritte reichen aus Sicht der SPD-Fraktion jedoch nicht aus, sondern es muss Ziel sein, fairere Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Solarindustrie zu schaffen. Das insbesondere von chinesischen Modulherstellern getriebene Preisdumping, gestützt von einer aktiven Subventionspolitik der chinesischen Regierung, ist zu unterbinden. Hierzu wird die SPD ein Anti-Dumping-Verfahren bei der EU unterstützen. Bis zum Abschluss dieses Verfahrens will sie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Solarbranche durch die Einführung einer „Local Content“-Regelung stärken: Demnach erhalten künftig nur noch die Solaranlagen eine Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz, die einen Anteil von 70 Prozent an Wertschöpfung aus Fertigungsanlagen innerhalb der EU nachweisen können. Gleichzeitig fordert die SPD-Fraktion die Modulhersteller auf, ihre Exportanstrengungen zu intensivieren und auszubauen.

CDU, CSU und FDP verabschieden sich mit ihrem Beschluss von einem dynamischen Solar-Ausbau. Ausgerechnet jetzt, wo Solarstrom günstig wird, wollen sie den Zubau bremsen. Mit der drastischen Einmalabsenkung stellen sie viele deutsche Produzenten, die bereits heute mit der Billig-Konkurrenz aus China und immensen Überkapazitäten zu kämpfen haben, vor eine kaum lösbare Herausforderung. Die künftig monatlich vorgesehenen Förderkürzungen sind zudem mit einer großen Unsicherheit für den Markt verbunden. Je nach Zubau können die Vergütungsabsenkungen demnach zusammengerechnet zwischen 11,4 und 29 Prozent im Jahr betragen.

Das sogenannte Marktintegrationsmodell ist nicht mehr als eine Kürzung durch die Hintertür. Es wird aber trotz der vernichtenden Kritik aller Sachverständigen in der Anhörung des Umweltausschusses von den Koalitionsfraktionen beibehalten und sogar ausgebaut.

Der einzige Fortschritt liegt darin, dass die Koalitionsfraktionen auf massiven Druck von SPD und Solarbranche hin, die Verordnungsermächtigungen aus dem Gesetzentwurf gestrichen haben. Die Kernelemente des Erneuerbare-Energien-Gesetzes können also auch zukünftig nicht ohne Zustimmung des Parlamentes verändert werden.

GESUNDHEIT

SPD-Fraktion beschließt Papier zur Weiterentwicklung der Pflege

Wenn Menschen pflegebedürftig werden, dann tritt dies meist für die Betroffenen und ihre Angehörigen sehr plötzlich ein. Vieles muss dann überlegt, organisiert und mit den Sozialversicherungsträgern abgestimmt werden. Menschen, die pflegebedürftig werden, wollen in ihren eigenen vier Wänden oder mindestens in ihrem Wohnumfeld bleiben.

Oft sind die Angehörigen damit überfordert, vor allem, wenn sie berufstätig sind. Viele pflegenden Angehörige, und das sind hauptsächlich Frauen, geben ihre Arbeit auf, um für den Pflegebedürftigen da zu sein. Damit erhöht sich für sie das Risiko, später selbst in Altersarmut zu geraten.

Am 27. März 2012 – einen Tag bevor das schwarz-gelbe Kabinett den Gesetzentwurf aus dem Bahrschen (FDP) Gesundheitsministerium verabschiedet hat – hatte die SPD-Fraktion ihr umfassendes Positionspapier zur Pflegereform beschlossen. Das sogenannte Pflege-Neuausrichtung-Gesetz der Bundesregierung kritisiert die SPD-Fraktion als „Ettikettenschwindelgesetz“ und völlig unzureichend. Es lässt einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, der nicht nur die körperlichen Fähigkeiten, sondern auch geistige und mentale Einschränkungen einbezieht, außen vor.

Bahr verplempert Zeit beim neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff

Im Konzept der SPD-Fraktion ist ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff der Dreh- und Angelpunkt, denn nur so könnten Ungerechtigkeiten zwischen der Versorgung von Demenzkranken und anderen Pflegebedürftigen vermieden werden, sagte SPD-Fraktionsvizein Elke Ferner. Ein von der damaligen SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt eingesetzter Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriff hatte bereits im Januar 2009 seinen umfangreichen Bericht vorgelegt. Die Vorschläge konnten auf Grund der ablehnenden Haltung der Union von der Großen Koalition nicht mehr umgesetzt werden. Die Ergebnisse des Beirats schiebt FDP-Gesundheitsminister Daniel Bahr beiseite. Er will stattdessen erneut eine Kommission einsetzen, wodurch wertvolle Zeit verplempert wird.

Auch die Medizinischen Dienste der Krankenversicherung (MDK) fordern eine zügige Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Die jetzt von Bahr angekündigten Leistungsverbesserungen seien ihrer Meinung nach kein Ersatz für grundlegende Änderungen zugunsten der Demenzkranken.

Durch neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff – Demenzkranke besser berücksichtigen

Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff solle „niemanden schlechter, aber viele besser stellen“, erklärte Hilde Mattheis. Vor allem Demenzkranke könnten so eine angemessene Versorgung erhalten. Durch eine umfassende Prävention und Rehabilitation solle die stationäre Einweisung verhindert oder hinaus gezögert werden. Im ihrem Positionspapier fordert die SPD-Fraktion eine Stärkung der ambulanten Versorgung sowie von Prävention und Rehabilitation. Außerdem soll der Ausbau der kommunalen Pflegeinfrastruktur und der aufsuchenden Pflegeberatung vorangetrieben werden.

Pflegende Angehörige besser unterstützen

Um die pflegenden Angehörigen besser zu unterstützen, plant die SPD-Fraktion die „Kurzzeit- und Verhinderungspflege“ ausbauen. Dazu sollen die Ansprüche pflegender Angehöriger von Demenzkranken von derzeit 1510 Euro auf 3020 Euro für acht Wochen je Kalenderjahr steigen.

Bei plötzlich eintretender Pflegebedürftigkeit wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten analog zum Kinderkrankengeld einen Anspruch auf Lohnersatzleistung für bis zu zehn Tage erhalten. So lange können sie bislang eine Freistellung – allerdings ohne Lohnausgleich – beanspruchen. Die von Schwarz-Gelb eingeführte Familienpflegezeit von sechs Monaten will die SPD-Fraktion in ein flexibles Zeitbudget umwidmen. Auch dafür soll es einen Anspruch auf Lohnersatzleistung geben. „Wir wollen Pflegepersonen weiter entlasten“, sagte Elke Ferner. Die Potenziale der Familie, der Nachbarschaften, des ehrenamtlichen Engagements müssten gestärkt und mit professionellen Pflege- und Betreuungsstrukturen verknüpft werden. Dabei müssten die Bedürfnisse von pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund in der Hilfeplanung berücksichtigt werden.

„Nötig ist eine umfassende sozialräumliche Planung, damit sowohl das Wohnumfeld als auch ambulante Betreuungsformen und Hilfeangebote den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen vor Ort entsprechen“, erklärte Hilde Mattheis. Die soziale Pflegeversicherung genieße eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz. Daher müsse sie im Zuge einer Pflegereform gestärkt werden.

Gute Arbeit in Pflegeberufen schaffen

Für die Pflegekräfte wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Ausbildung verbessern und ein attraktives Berufsumfeld schaffen, das Aufstiegsmöglichkeiten bietet. Zudem soll das Image der Pflegeberufe durch eine Informations- und Imagekampagne gestärkt werden. In der Pflege dürfe auch nicht nur ein Mindestlohn gezahlt werden, sagte Elke Ferner, sondern ein Lohn, von dem die Beschäftigten gut leben könnten. Ziel müssten flächendeckende Tarife und gleiche Löhne in Ost- und Westdeutschland sein.

Für eine bessere Pflege akzeptieren die Menschen höhere Beiträge

Für die Verbesserungen durch das Pflegekonzept der SPD-Fraktion benannte die stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin Hilde Mattheis Kosten in Höhe von 6 Milliarden Euro. Allein für die Erweiterung von Leistungen durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff wurden 4 Milliarden Euro kalkuliert. Zur Finanzierung der Mehrausgaben wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Beiträge zur Pflegeversicherung um 0,6 Prozentpunkte erhöhen. Damit könne die Pflege in Deutschland bis ins Jahr 2020 finanziert werden. Elke Ferner verwies darauf, dass Umfragen gezeigt hätten, dass die Bevölkerung höhere Beiträge für eine bessere Pflege akzeptierten.

Die SPD-Fraktion spricht sich deshalb klar gegen die von Schwarz-Gelb kapitalgedeckte private Pflegezusatzversicherung aus. Sie will die solidarische Finanzierung zu einer Bürgerversicherung Pflege ausbauen.

FAMILIEN

SPD-Fraktion: Kitas ausbauen statt Betreuungsgeld

Von August 2013 an haben alle Eltern in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kita oder bei einer Tagesmutter, wenn ihre Kinder älter als zwölf Monate sind. Da jedoch nach Schätzungen aktuell rund 200.000 Betreuungsplätze und etwa 20.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlen, ist davon auszugehen, dass auf die Kommunen eine Klagewelle zukommt. Doch anstatt jetzt massiv in den Aufbau der fehlenden Plätze zu investieren, will Familienministerin Kristina Schröder (CDU) das Betreuungsgeld einführen.

750.000 Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige sollten bis zum August 2013 bereit stehen, um den Rechtsanspruch erfüllen zu können. So hatte es die Große Koalition 2007 beschlossen. Doch der Ausbau läuft nur schleppend, auch, weil den klammen Kommunen das Geld fehlt. Es wird damit gerechnet, dass Eltern, die für ihr Kind keinen Betreuungsplatz finden, auf Ersatz des Gehaltes desjenigen Elternteils, das wegen der Kinderbetreuung nicht arbeiten kann, klagen werden. Außerdem gehen die kommunalen Verbände davon aus, dass auch die 750.000 Betreuungsplätze nicht ausreichen werden.

Familienministerin Schröder fühlt sich beim Kitausbau nicht zuständig

Familienministerin Schröder weist jegliche Verantwortung für den Kitausbau von sich und zeigt mit dem Finger auf die Länder, anstatt einen neuen Krippengipfel einzuberufen und den Bundesanteil an der Ausbaufinanzierung aufzustocken. Mehr noch: Sie vergeudet von 2013 an 400 Millionen Euro und von 2014 an jährlich 1,2 Milliarden Euro für die Einführung des unsinnigen Betreuungsgeldes. Es soll an die Eltern ausgezahlt werden, die ihre Kinder nicht in einer Kita oder von einer Tagesmutter betreuen lassen.

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt diese „Kitafernhaltprämie“ ab, weil sie falsche Anreize setzt: Sie hält Kinder von frühkindlicher Bildung fern, erschwert die Integration von Kindern aus Migrantenfamilien und den Müttern die Rückkehr ins Erwerbsleben. Auch die Gewerkschaft GEW hält das Betreuungsgeld für kontraproduktiv.

Betreuungsgeld sparen und in Kitas investieren

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Bundestagsdebatte erneut gefordert, auf die Einführung des Betreuungsgeldes zu verzichten und das dafür vorgesehene Geld in den Ausbau von Kitaplätzen zu investieren. Dazu hatten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bereits im Juni 2011 einen Antrag (Drs. 17/6088) in den Bundestag eingebracht.

Studien bestätigen negative Effekte des Betreuungsgeldes

Eine neue Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) bestätigt die Einschätzung der SPD-Bundestagsfraktion: Finanzielle Anreize für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, senken die Frauenerwerbsquote und wirken sich nachteilig auf die frühkindliche Entwicklung aus. Für ihre Studie untersuchten die Wissenschaftler das in Thüringen bereits vor sechs Jahren eingeführte Betreuungsgeld. Danach bleiben vor allem Geringqualifizierte, Alleinerziehende und Familien mit niedrigem Einkommen dem Arbeitsmarkt fern, um die staatliche Leistung zu erhalten. Thüringen zahlt seit 2006 die „Kitafernhaltprämie“ in Höhe von 150 bis 300 Euro für Zweijährige, die nicht in eine Kita gehen. Der Anteil der Kinder, die zu

Hause betreut werden, stieg auf 20 Prozent an. Kritik am Betreuungsgeld kommt nicht nur von den Oppositionsfraktionen: Auch in den Reihen von Union und FDP ist es höchst umstritten. So hält die Bundesarbeitsministerin und frühere Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) das Betreuungsgeld einen Fehler.

BILDUNG

Hochschulpakt Plus auflegen

Durch die demografische Entwicklung, die Aussetzung der Wehrpflicht und die steigende Studierneigung ist die Nachfrage nach Studienplätzen stark gestiegen. Der Hochschulpakt hat einen Teil der dadurch entstandenen Knappheit abfangen können. Um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, muss er aber ausgebaut werden. Daher fordert der SPD-Antrag (Drs. 17/7340) die Bundesregierung dazu auf, mit den Ländern unverzüglich über einen „Hochschulpakt Plus“ zu verhandeln.

Er muss das Angebot an Studienplätzen vergrößern, besonders im Masterstudium. Die Studienplatzbedarfsberechnung muss zudem verbessert werden, um kurzfristigen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Außerdem soll über ein Bonussystem bei den Hochschulen ein Anreiz zur Reduzierung der Abbrecherquote geschaffen werden.

SOZIALES

Nationales Reformprogramm 2012 muss soziale Ziele der Strategie „Europa 2020“ berücksichtigen

Die Europäische Union hat im Jahr 2010 die Strategie „Europa 2020“ beschlossen. Darin haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet, bis zum Jahr 2020 „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ in der EU zu generieren. Um dieses übergeordnete Ziel zu erreichen, hat sich die EU auf fünf Kernziele geeinigt. Angesichts der andauernden Wirtschafts- und Finanzkrise kommt den sozialen Kernzielen der Strategie eine besondere Bedeutung zu. Deshalb konzentriert sich die SPD-Fraktion in ihrem Antrag auf die Ziele von „Europa 2020“, die Beschäftigungsquote auf mindestens 75 Prozent zu erhöhen, den Anteil der Schulabbrecher auf höchstens 10 Prozent zu senken und die Zahl der in Armut lebenden Menschen in der EU um mindestens 20 Millionen zu verringern. Der Antrag heißt „Nationales Reformprogramm 2012 muss soziale Ziele der Strategie Europa 2020 berücksichtigen“ (Drs. 17/9154). Die SPD kritisiert die Bundesregierung, dass sie sich in ihrem Nationalen Reformprogramm 2012 rühmt, die bis zum Jahr 2020 gesetzten Ziele bereits heute nahezu erreicht zu haben. Außerdem hat sie die Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und die Bundesländer nicht angemessen in die Formulierung des Nationalen Reformprogramms einbezogen.

Bessere Regulierung der Arbeitnehmerüberlassung

Deutschland hat das Ziel einer Beschäftigungsquote von 75 Prozent der Männer und Frauen zwar statistisch erreicht. Die Bundesregierung ignoriert aber in ihrem Nationalen Reformprogramm, dass Millionen Menschen in Deutschland in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Die EU-Statistikbehörde gibt an, in Deutschland seien rund 16 Millionen Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Trotz dieser alarmierenden Zahl spricht das Nationale Reformprogramm 2012 der Bundesregierung nur davon, die Anzahl der Langzeitarbeitslosen bis zum Jahr 2020 um 320.000 verringern zu wollen. Das wird weder dem Ausmaß der Armut und sozialen Ausgrenzung in Deutschland

gerecht, noch trägt es angemessen zum Ziel der Strategie „Europa 2020“ bei, die Armut in der EU bis zum Jahr 2020 um 20 Millionen Menschen zu verringern. Schließlich kritisiert die SPD-Fraktion die Bundesregierung dafür, dass sie sich mit jährlich rund 70.000 Schulabbrechern zufrieden gibt.

Die Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland wirksam zu bekämpfen. Dazu gehören u. a. ein gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Regulierung der Arbeitnehmerüberlassung, eine Verbesserung der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Risikogruppen und mehr Anstrengungen in der Bildungspolitik.

FINANZEN

Kalte Progression: Keine Steuersenkungen auf Pump

Die Koalitionsfraktionen haben am Donnerstag mit ihrer Mehrheit das Gesetz zum Abbau der kalten Progression im Bundestag beschlossen. Sie haben sich ohne Rücksicht auf den Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte für Steuersenkungen von 6 Milliarden Euro ausgesprochen. Schwarz-Gelb nimmt damit eine dauerhafte Erhöhung des strukturellen Defizits von Bund, Ländern und Kommunen in Kauf.

Um die Steuersenkungen trotz der Erfordernisse der Schuldenbremse zu rechtfertigen, geben Bundesregierung und Koalitionsfraktionen vor, dass bereits jetzt ein verfassungsrechtlich gebotener Entlastungsbedarf beim Grundfreibetrag besteht. Trotz beharrlicher Nachfragen der SPD-Fraktion ist Schwarz-Gelb aber einen Nachweis dafür in den Gesetzesberatungen schuldig geblieben. Es ist unbestritten, dass der Grundfreibetrag an die Entwicklung des existenznotwendigen Bedarfs der Steuerpflichtigen angepasst werden muss. Wird eine solche Notwendigkeit im Rahmen eines ordentlichen Existenzminimumsberichts dargelegt, wird sich die SPD einer Anhebung selbstverständlich nicht verweigern. Schwarz-Gelb will den Grundfreibetrag aber ohne echte Berechnungsgrundlage im Vorgriff auf einen noch zu erstellenden Existenzminimumbericht anheben. Der angebliche Anpassungsbedarf beim Grundfreibetrag ist lediglich ein Vorwand für die Durchsetzung der ohnehin politisch gewollten Steuersenkung.

Solide Staatsfinanzen wichtiger als Steuersenkungen auf Pump

Auch die von Schwarz-Gelb behaupteten heimlichen Steuererhöhungen aufgrund der kalten Progression erweisen sich bei genauerer Betrachtung als Scheinproblem. Ein als kalte Progression bezeichneter Effekt tritt ein, wenn Lohnerhöhungen lediglich die Inflation ausgleichen und dennoch zu einem höheren Durchschnittssteuersatz führen. Es ist tatsächlich grundsätzlich sinnvoll, das zu kompensieren, um eine Schlechterstellung der Steuerpflichtigen zu vermeiden. Sämtliche Experten und selbst die Bundesregierung müssen aber einräumen, dass die kalte Progression durch die in den vergangenen Jahren durchgeführten Tarifsenkungen vollständig korrigiert wurde. Der Staat hat deshalb nicht von heimlichen Steuererhöhungen profitiert. Dass Schwarz-Gelb nunmehr eine vorausseilende Tarifsenkung vornimmt, um mögliche Effekte der kalten Progression in der Zukunft auszugleichen, widerspricht der unbedingten Notwendigkeit zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Solide Staatsfinanzen müssen den Vorrang vor Steuersenkungen auf Pump haben.

BASEL III: Märkte stabilisieren – Realwirtschaft stärken – Kommunalfinanzierung sichern

Die Europäische Kommission hat ein Gesetzespaket vorgelegt, mit dem die Vorschläge des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Reform der Eigenkapitalvorschriften für Kreditinstitute – Basel III – in europäisches Recht umgesetzt werden sollen. Strengere Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen sind ein zentraler Ansatzpunkt, um die Krisenfestigkeit des Bankensystems zu erhöhen. Nach dem Willen der Europäischen Kommission soll das neue Regelwerk für alle Banken und Kreditinstitute gelten. Eine umfassende Anwendung der neuen Anforderungen ist im Grundsatz notwendig, um eine effektive Regulierung zu gewährleisten.

Die Europäische Kommission hat bei ihrer Umsetzung von Basel III allerdings die besonders in Deutschland innerhalb der Bankenlandschaft bestehenden Unterschiede zu wenig beachtet. Die für internationale Großbanken erforderlichen Vorgaben von Basel III sind auf unsere Sparkassen und Kreditgenossenschaften nicht abgestimmt. In dem Antrag „Umsetzung von Basel III: Finanzmärkte stabilisieren – Realwirtschaft stärken – Kommunalfinanzierung sichern“ spricht sich die SPD-Bundestagsfraktion deshalb für eine nach Geschäftsmodell und Größe der Kreditinstitute differenzierte Anwendung der neuen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften aus.

Bei der Reform der Eigenkapitalregulierung müssen die Auswirkungen auf die Realwirtschaft beachtet werden. Die Umsetzung von Basel III ist eine Gratwanderung zwischen der notwendigen Stabilisierung des Bankensektors und den Finanzierungsanforderungen der Unternehmen. Die SPD fordert deshalb, die Kreditvergabefähigkeit der Banken durch eine angemessene Anwendung der neuen Aufsichtsanforderungen und durch eine Anpassung der Eigenkapitalunterlegung von Mittelstandskrediten an ihr tatsächliches Risiko zu erhalten.

Die Umsetzung von Basel III darf außerdem nicht zu einer Beeinträchtigung der Kreditversorgung der Kommunen führen. Die geplante Einführung einer Verschuldungsobergrenze (sog. Leverage-Ratio) würde risiko- und margenarme Kreditgeschäfte unattraktiver machen und ginge deshalb vor allem zu Lasten des Kommunal- und Hypothekenkreditgeschäfts. Die SPD fordert deshalb insbesondere für Pfandbriefbanken eine höhere Verschuldungsobergrenze, die neben den Sparkassen die wichtigsten Kommunalfinanzierer sind.

RECHT

SPD-Fraktion fordert besseren Schutz für Journalisten vor Strafverfolgung

In der Vergangenheit ist wiederholt gegen Medienangehörige wegen Beihilfe zum Geheimnisverrat ermittelt worden. Anlass für die Ermittlungen war oftmals die Verbreitung von Informationen, die den Journalisten unbefugt zugespielt wurden. Die Ermittlungen dienen dabei meistens nicht der strafrechtlichen Verfolgung der Journalisten, sondern der Identifizierung ihrer Informanten.

Durch den Tatvorwurf der Beihilfe konnte jedoch das Beschlagnahmeverbot gegenüber Journalisten umgangen werden. Auf diese Weise konnte eine Beschlagnahme in Redaktionsräumen stattfinden – das Redaktionsgeheimnis und das Vertrauensverhältnis zu Informanten waren dadurch nicht mehr geschützt. Dieser Umstand schränkt die Medien in ihren Hauptfunktionen, der Recherchearbeit und kritischen Berichterstattung, ein.

Deshalb wird die SPD-Fraktion an diesem Donnerstag einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Pressefreiheit (Drs. 17/9144) ins Plenum einbringen. Darin fordert sie, dass eine Beschlagnahme bei Medienangehörigen nicht zulässig sein soll, wenn es sich bei dem Tatvorwurf um Beihilfe zu einer Straftat handelt, bei der sich die Beihilfehandlung auf die Entgegennahme, Recherche, Auswertung oder Veröffentlichung des Geheimnisses, des Gegenstandes oder der Nachricht, zu deren Geheimhaltung eine besondere Verpflichtung besteht, beschränkt. Darüber hinaus soll eine Beschlagnahme gegenüber Medienangehörigen nur mit einer richterlichen Anordnung möglich sein.

Die Bundesregierung und Bündnis 90/Die Grünen haben ebenfalls Gesetzesentwürfe vorgelegt. Für ein Beschlagnahmeverbot gegenüber Journalisten soll demnach nicht mehr der einfache Verdacht ausreichen, sondern es muss ein dringender Verdacht auf Verstrickung bestehen. Allerdings sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung nur eine Strafflosstellung der Beihilfe vor, nicht aber der Anstiftung. Außerdem ist es notwendig, Änderungen im Prozessrecht vorzunehmen, damit Redaktionsgeheimnis wie auch Informantenschutz gewahrt bleiben.

MEDIEN

Veröffentlichung von Mediendatenbank: Mehr Transparenz im Pressemarkt herstellen

Eine vielfältige Medienlandschaft ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer Demokratie. Nur wer informiert ist, kann sich eine umfassende Meinung über das politische Geschehen bilden. Gerade in diesem Bereich – der als Fokus die Öffentlichkeit hat – ist es unerlässlich, Transparenz zu schaffen. Es ist wichtig zu wissen, wer uns in welchem Maße mit Informationen versorgt.

Seit Jahren muss jedoch festgestellt werden, dass der Medienmarkt zu wenig transparent ist, nachdem die Bundesregierung 1996 die Pressestatistik des Statistischen Bundesamts ausgesetzt hat. Um dieses Informationsdefizit zu beheben, hat der Deutsche Bundestag auf Initiative der Fraktionen der SPD und Grünen 2009 die Errichtung einer Mediendatenbank beschlossen und entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Diese Mediendatenbank soll belastbare Daten zu den Angebots- und Anbieterstrukturen im Pressemarkt zur Verfügung stellen.

Bisher wurde die Mediendatenbank der Öffentlichkeit jedoch nicht zugänglich gemacht. Deshalb fordern die Fraktionen von SPD und Grünen in ihrem Antrag „Instrumente zur Förderung der Medienvielfalt auf solide Datenbasis stellen“ die für die Mediendatenbank erstellten Gutachten zu veröffentlichen und die Mediendaten für die Allgemeinheit zugänglich zu machen. Dadurch soll auch erreicht werden, dass weitreichende Änderungen des Pressefusionsrecht auf eine belastbare Datengrundlage gestellt werden.

Die Errichtung einer Mediendatenbank geht zurück auf eine Initiative von Sozialdemokraten und Grünen. Nun fordern die Fraktionen gemeinsam deren Veröffentlichung, um eine nötige Transparenz auf dem deutschen Pressemarkt herzustellen.

WIRTSCHAFT

Presse-Grosso gesetzlich verankern

Das Presse-Grosso ist ein flächendeckendes Vertriebssystem für Zeitungen und Zeitschriften. Es sichert die Vielfalt der Medienlandschaft. Gerichtsurteile des Bundesgerichtshofs und eines Landgerichts stellen das System nun in Frage. In einem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/8923) setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, das Presse-Grosso gesetzlich zu verankern, um die Medienvielfalt zu sichern.

In dem Antrag fordern die Fraktionen die Bundesregierung auf, eine entsprechende gesetzliche Verankerung des neutralen Presse-Grossos gemeinsam mit den Ländern auf den Weg zu bringen. Grossisten müssen Handelsspannen über ihren Berufsverband aushandeln können. Die Einrichtung einer Schlichtungsstelle für Streitfragen zwischen Verlagen und Grossisten soll geprüft werden.

VERKEHR

Klarer Kurs für mehr Sicherheit in der Kreuzfahrtschiffahrt

Der Kreuzfahrtmarkt gehört zu den am stärksten wachsenden Segmenten der Tourismuswirtschaft. Die Branche zeichnet sich durch hohen Wettbewerbsdruck aus. Die Konkurrenz darf aber nicht zu Lasten der Sicherheit gehen.

Nach der Havarie der „Costa Concordia“ gehören die Sicherheitsstandards und Abläufe an Bord von Luxuslinern auf den Prüfstand. Nachdem die SPD-Fraktion dazu im Bundestag einen Forderungskatalog (Drs. 17/9158) vorgelegt hat, erkennt nun endlich auch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) den Handlungsbedarf.

Das offenkundig miserable Notfall-Management auf der havarierten „Costa Concordia“ hat zahlreiche Menschenleben gekostet. Diese Tragödie rückt die Sicherheitsvorschriften und das Krisenmanagement der Besatzungen in den Blick. Der Kapitän eines Schiffes muss in der Lage sein, Gefahrensituationen zu erkennen und im Notfall rasch zu reagieren und für eine zügige Evakuierung des Schiffes zu sorgen. Das ist eine Frage von Kompetenz und Training.

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag auf, gemeinsam mit den Sozialpartnern Handlungsempfehlungen für die Reedereien zu formulieren. So müssten bei der Personalauswahl höchste Qualitätsmaßstäbe gelten. Notwendig seien auch regelmäßige Prüfungen und Schulungen der Kapitäne und eine bessere Selbstkontrolle der Reedereien mit Blick auf die Schiffssicherheit, heißt es in dem Antrag.

Angesichts immer größerer Schiffe mit immer mehr Passagieren ist zudem eine realitätsnahe Evakuierungsplanung wichtig. Die SPD-Fraktion verlangt klare Standards für den Einsatz von Simulationsprogrammen im Bereich der Kreuzfahrtschiffahrt. Mit Hilfe dieser Programme sei es möglich, Schwachstellen bei Neubauten zu identifizieren und die Dauer einer Evakuierung der Kreuzfahrtschiffe zu berechnen. An der Sicherheit dürfe nicht gespart werden.

VERANSTALTUNG

SPD-Fraktion feiert Frühjahrsempfang unter dem Motto Sport

Das Jahr 2012 steht ganz im Zeichen des Sports: Erst wird die Fußball-EM hoffentlich den ersehnten Sieg bringen, dann folgen schon die Olympischen Spiele in London und im Anschluss gleich die Paralympics. Grund genug für die SPD-Fraktion, ihren Frühjahrsempfang ganz unter das Motto Sport zu stellen. Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier lud ein – und alle kamen sie.

Am 26. März 2012 läuteten die Sozialdemokraten das Sportjahr ein: Mehr als 600 Gäste kamen zum Sportempfang und ließen sich als erstes von den Cheerleaderinnen des Teams Adler Berlin faszinieren. Im Fraktionssaal führten die jungen Frauen unter großem Jubel eine grandiose Choreographie auf.

Moderator Sven Voss, der sonst das Aktuelle Sportstudio im ZDF moderiert, zeigte sich in seiner Begrüßung begeistert von der Vorstellung. Dann bat er Gastgeber Frank-Walter Steinmeier auf die Bühne, der den Abend eröffnete. „Noch nie sind unsere Debatten von einer Cheerleader-Gruppe eingeleitet worden. Das sollten wir uns für die Zukunft ernsthaft überlegen“, scherzte der Fraktionschef.

Er begrüßte die geladenen Sportlerinnen und Sportler: „Wir haben heute Abend unter uns viele aktive Sportler aus ganz unterschiedlichen Bereichen, Vertreter des Breiten- und des Spitzensports, des Behindertensports. Wir sind stolz, dass zu unseren Gästen 43 Weltmeister, 32 Europameister, und sage und schreibe 209 Deutsche Meister zählen. Wir fühlen uns geehrt durch die Anwesenheit von 37 Goldmedaillenträgern.“

Zu den Anwesenden zählten hochrangige Vertreter wie Manfred von Richthofen, Ehrenpräsident des Deutschen Olympischen Sportbundes, Friedhelm Julius Beucher, Präsident des Deutschen Behindertensportverbandes, Dr. Reinhard Rauball, Präsident der Deutschen Fußballliga, Wolfgang Niersbach, Präsident des Deutschen Fußballbundes, Clemens Tönnes und Horst Heldt vom FC Schalke 04 und viele weitere.

Fußballer und Boxer

Doch es waren auch Dutzende aktive Sportlerinnen und Sportler gekommen, darunter Fußball-Größen wie Christoph Metzelder von Schalke 04, Mike Hanke von Borussia Mönchengladbach und der ehemalige Nationalspieler Gerald Asamoah. Etliche Goldmedaillen-Gewinner, die bald in London antreten, folgten der Einladung und viele Vertreter des Deutschen Behindertensportverbandes, wie etwa Verena Bentele. Zu den prominenten Gästen gesellten sich auch Box-Weltmeisterin Susianna Kentikian und Boxlegende Henry Maske, der sich seit langem im Kampf gegen Rechts und für Integration engagiert.

Große Bewerberzahl bei Wettbewerb der SPD-Bundestagsfraktion

Genau das war auch das Thema des Wettbewerbs, den die SPD-Fraktion ins Leben gerufen hatte: "Aktiv für Integration und Demokratie". Aufgerufen waren Vereine aus dem deutschen Breitensport, die sich einsetzen für Toleranz und Vielfalt, die kämpfen gegen Rechtsextremismus und Hass. Kurz: die Haltung zeigen.

Mehr als 200 Vereine haben sich beworben – und Frank-Walter Steinmeier lobte in seiner Rede dieses soziale Engagement: „Für viele von Ihnen hat Leidenschaft nicht nur Platz im Sport, sondern auch beim Eintreten für die eigenen Überzeugungen.“ Er sei froh, dass den Rechten dadurch die Rote Karte gezeigt werde.

DFB-Präsident Wolfgang Niersbach sagte in seiner Rede, dass Integration erst dann gelungen sei, wenn sie gar kein Thema mehr sei, wenn es einfach selbstverständlich sei, dass Menschen unterschiedlicher Art gemeinsam Sport treiben, im Verein, in Schulen, überall.

Vier Vereine wurden ausgezeichnet, die sich nach Meinung der Jury besonders hervortun im sozialen Engagement. Dabei gab es zwei dritte Plätze: der internationale Tanzsportverein Joker aus Leipzig und die Freiwilligenagentur Jugend-Soziales-Sport e. V. aus Wolfenbüttel. Auf Platz zwei schaffte es der ASV-Moabit Basketball Club aus Berlin. Und Platz 1 errang der Judo-Sportverein Speyer. Der hatte gewonnen, weil er – so die Begründung der Jury – „besonders auf die Integration von Randgruppen Wert legt“. Die Jury hob in ihrer Begründung, die durch Henry Maske vorgetragen wurde, hervor: „So gibt es zum Beispiel drei Trainingseinheiten pro Woche für Menschen mit Behinderung. Inklusion ist hier nicht nur gute Absicht. Es geht um kennenlernen, um Verstehenlernen, ums Akzeptieren, kurz: um den respektvollen Umgang miteinander“.

Die Gewinner bekamen jeweils einen Pokal, eine Urkunde und einen Waren-Gutschein eines großen Sportwaren-Kaufhauses.

Nach dem offiziellen Programm wurde auf der Fraktionsebene gefeiert – begleitet von der Piano-Musik Lasse Koslowskis, der übrigens Fußball-Schiedsrichter in der Regionalliga-Nord ist.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>